

Rechte Parteien gegen Klimaschutz

Die Umweltpolitik von Rechtsaußenparteien in Europa

Auch wenn die umweltpolitischen Positionen europäischer Rechtsaußenparteien nicht einheitlich sind, lässt sich doch eine grobe Tendenz erkennen: Zumeist verteidigen sie fossile Lebensformen und positionieren sich gegen jeden Versuch ambitionierter Klimapolitik, dem Schutz der natürlichen Umwelt im nationalen Rahmen stehen sie dagegen offen gegenüber. Damit konnten sie in den letzten Jahren auch Einfluss auf politische Polarisierungsdynamiken und Regierungshandeln erlangen.

Von Floris Biskamp

Fragt man in Deutschland nach der Umweltpolitik von Rechtsaußenparteien, scheint die Antwort auf den ersten Blick klar. Hierzulande hat man mit der AfD eine Rechtsaußenpartei vor Augen, die nicht nur kontinuierlich in Richtung Rechtsextremismus driftet, sondern auch klimapolitisch Extrempositionen bezieht. Die Partei bestreitet oder bezweifelt die Existenz einer anthropogenen globalen Erwärmung und lehnt Gegenmaßnahmen entschieden ab (Küppers 2022; Schaller/Carius 2020, 84). Auch die deutlich folgenreichere klimapolitische Positionierung Donald Trumps, der der erfolgreichste Rechtsaußenpolitiker der letzten Jahrzehnte ist, passt zu dieser Wahrnehmung (Radtke/Schreurs 2019, 154f.). Jedoch lässt sich von diesen Beispielen nicht auf die Umweltpolitik von Rechtsaußenparteien verallgemeinern. Vielmehr zeigt sich erhebliche Varianz – sowohl zwischen den verschiedenen Parteien als auch zwischen den verschiedenen Teilbereichen von Umweltpolitik. Im Folgenden lege ich zunächst dar, was ich unter Rechtsaußenpolitik sowie unter Umwelt- und Klimapolitik verstehe, um dann die Studienlage zur Umweltpolitik von Rechtsaußenparteien zusammenzufassen: Zu parteinahen Diskursen, zu Parteipositionierungen, zu Parteianhänger/innen, zum politischen Impact und zu den Folgen für Parteienwettbewerb und Polarisierung.

Begriffe: Rechtsaußen und Umweltpolitik

Als „rechtsaußen“ werden politische Positionen bezeichnet, die die Kernideologien Autoritarismus und Nativismus vereinen. Autoritarismus umfasst die Befürwortung der Erhal-

tung tradierter gesellschaftlicher Hierarchien, die Betonung von Recht und Ordnung sowie den Wunsch nach einer Bestrafung von Abweichung. Nativismus bezeichnet einen Nationalismus, der die Bevorzugung einer ethnisch definierten In-Group gegenüber Out-Groups befürwortet (Biskamp 2021, 26–30; Mudde 2019, 27–31).

Umweltpolitik bezeichnet ein Politikfeld, dessen Gegenstand das Verhältnis der menschlichen Gesellschaft zu ihrer (insbesondere belebten) nichtmenschlichen Umwelt ist. In den letzten Jahren hat sich Klimapolitik (und damit verbunden Energiepolitik) zu dem politisch relevantesten umweltpolitischen Themenfeld entwickelt. Hier geht es den meisten Akteur/innen darum, das Ausmaß globaler Erwärmung zu begrenzen beziehungsweise ihre Folgen zu mildern (Aden 2012, 14–54). Ich spreche von progressiven klimapolitischen Positionen, wenn die Existenz der anthropogenen globalen Erwärmung anerkannt wird und ambitionierte politische Gegenmaßnahmen insbesondere im Bereich der Energiepolitik befürwortet werden. Ich spreche von regressiven klimapolitischen Positionen, wenn der Fakt einer anthropogenen globalen Erwärmung geleugnet oder angezweifelt und Gegenmaßnahmen abgelehnt werden.

Parteinahe Diskurse

Im Alltagsbewusstsein bleibt die Fehlannahme verbreitet, dass die politische Rechte sich nicht für Umweltpolitik interessiere oder ihr ablehnend gegenüberstehe beziehungsweise Umweltpolitik per se ein linkes Thema sei. Diese Annahmen sind historisch grundfalsch und auch für die Gegenwart nicht richtig. Seitdem die nichtmenschliche Umwelt menschlicher Gesellschaften ein politisches Thema ist, ist sie auch ein Thema der Rechten – und seitdem es Umweltbewegungen gibt, sind Rechte dort engagiert (Forchtner et al. 2018, 591f.; Geden 1996). Es gibt in der Tradition der politischen Rechten verschiedene ideologische Linien mit Relevanz für Umweltpolitik. Einzelne Rechtsaußen-Akteur/innen greifen diese Linien in ihrer umweltpolitischen Positionierung auf und stellen je nach beteiligten Akteur/innen und politischer Konstellation Verknüpfungen mit jeweils spezifischer Gewichtung und Form her. Basierend auf der bestehenden Forschungsliteratur unterscheide ich fünf ideologische Linien, die für die umweltpolitischen Diskurse im Umfeld von Rechtsaußenparteien prägend sind.

(1) Naturromantik. Der Ursprung der politischen Rechten ist die Ablehnung von Aufklärung und Rationalismus als menschliche Anmaßungen, die zu Dekadenz und zur Zerstö-

rung der göttlichen oder natürlichen Ordnung führen. Entsprechend wird umgekehrt gefordert, dass sich Menschen in diese imaginierte Ordnung einfügen. Die Ordnungsvorstellung ist in der Regel auf gesellschaftliche Hierarchien bezogen, zum Beispiel von Stand, Klasse, race, Kultur, Geschlecht oder Alter – dies führt zu Autoritarismus und Nativismus. Darüber hinaus kann es auch mit der Forderung einhergehen, dass sich der Mensch bescheiden in die „Natur“ einfügen muss. Dann erscheint eine bestimmte Vorstellung der nichtmenschlichen Umwelt als sehr schützenswert, was mit einer Wachstumskritik einhergehen kann (Forchtner/Kølvraa 2015, 204).

(2) Nationalismus. Einen zentralen Bezugspunkt für die politische Rechte bilden Nation und Nationalismus. Die Konzeptionen von Nation und Volk werden dabei stark ideologisiert (zum Beispiel biologistisch, ethnisierend oder kulturalistisch), was eine weitere Quelle des Nativismus ist. Verbunden damit ist zumeist eine Vorstellung von nationaler Besonderheit und ein Wunsch nach nationaler Größe. Dies kann mit der Imagination einer besonders erhaltenswerten und für die nationale Identität bedeutungsvollen nationalen „Natur“ verbunden sein – in Deutschland ist dies zum Beispiel der „deutsche Wald“. In diesem Nationalismus verschmelzen die Ideen von „Umweltschutz“ und „Heimatschutz“ zu einer Einheit (Forchtner/Kølvraa 2015, 204 ff.). Ebenfalls mit Nationalismus einher geht eine Skepsis gegenüber der Einbindung in internationale Abkommen und Organisationen, die als Einschränkungen nationaler Souveränität problematisiert werden. Solche *global governance* ist jedoch für Umweltpolitik und insbesondere Klimapolitik von besonderer Relevanz (Forchtner et al. 2018, 597 f.). Zusammen können diese beiden Artikulationen von Nationalismus dazu führen, dass Umweltschutz im eigenen Land als nationales Projekt befürwortet, progressive Klimapolitik aber als kosmopolitisch-antinational-„globalistisches“ Projekt abgelehnt wird. Dies geht oft damit einher, dass progressive Klimapolitik als Gefährdung der nationalen Umwelt problematisiert wird, etwa beim Bau von Windkraftanlagen oder Stromtrassen.

(3) Verschwörungsdenken. Ebenfalls verbreitet in Rechtsaußendiskursen ist das (häufig antisemitische) Verschwörungsdenken. Dies kann sich auch auf Umweltpolitik beziehen, zum Beispiel indem es den letztgenannten Punkt verstärkt und Klimapolitik als globale Verschwörung imaginiert, die die „Klimalüge“ nur erdacht hat, um gesellschaftliche Transformationen durchzusetzen (zum Beispiel Forchtner et al. 2018, 598).

(4) Ideologien der Härte. In einem Gegensatz zum romantischen Ideal des Scheinens können die in der Rechten ebenfalls verbreiteten Ideologien der Härte geraten. Auch diese werden teils pseudodarwinistisch als Orientierung an Natur imaginiert. Diese sei ein ständiger Kampf ums Dasein, in dem nur die Starken überleben. Entsprechend müsse sich der Mensch beziehungsweise die Nation aggressiv behaupten und unter anderem die Natur zur Untertanin machen. Dieses aggressive Naturverhältnis ist oft mit Vorstellungen von männlicher Härte verbunden (Daggett 2018). Zudem besteht Anschlussfähigkeit an ein Denken, in dem Umweltschutz und progressive Klima-

politik als weltfremd, ihre Ablehnung als Realismus und gesunder Menschenverstand gilt (Forchtner et al. 2018, 595 f.). Diese ideologische Linie ist mit einer entschieden anti-ökologischen Positionierung kompatibel.

(5) Instrumentelles Naturverhältnis. Keineswegs exklusiv für die Rechte, aber bei ihr verbreitet ist ein instrumentelles Verhältnis zur Natur, bei dem diese als Mittel zum Zweck gilt – insbesondere als Mittel, mit dessen Nutzung die Nation ökonomische und politische Stärke erlangen kann. Auch aus dieser Linie werden Umweltschutz und progressive Klimapolitik eher zum Problem (Forchtner/Kølvraa 2015, 206; Cann/Raymond 2018, 6 f., 16).

Diese fünf ideologischen Linien fügen sich nicht bruchlos ineinander. Daher sind die im Rechtsaußenspektrum bezogenen umweltpolitischen Positionen nicht nur vielfältig, sondern mitunter gegensätzlich. Jedoch lässt sich im Umfeld von Rechtsaußenparteien in den letzten Jahren bei aller Heterogenität eine besonders verbreitete Art und Weise beobachten, die Linien zu vermitteln. Dabei wird die Befürwortung eines gewissen Maßes von Umweltschutz im nationalen Rahmen mit regressiven klimapolitischen Positionen verbunden. Die Feststellung dieser verbreiteten Tendenz sollte jedoch nicht über die beachtliche Heterogenität innerhalb des Rechtsaußenlagers hinwegtäuschen.

Parteiprogramme und Abstimmungsverhalten

Es gibt mehrere Studien, die die Positionen von Rechtsaußenparteien als Organisationen untersuchen. Die umfangreichste stammt von Schaller und Carius (2019), die die Parteiprogramme und das parlamentarische Abstimmungsverhalten zahlreicher Rechtsaußenparteien in Europa analysieren. Die Ergebnisse bestätigen das bisher Gesagte. Rechtsaußenparteien neigen zu regressiver Klimapolitik, stehen dem Umweltschutz jenseits von Klimafragen aber durchaus offen gegenüber. Dabei finden sich im Wesentlichen die im vorherigen Abschnitt genannten Motive. Zugleich zeigt sich in Programmen und Abstimmungsverhalten eine erhebliche Varianz. Die AfD nimmt gemeinsam mit der britischen UKIP eine klimapolitisch regressive Extremposition ein, die ungarische Fidesz-Partei steht am anderen Ende des Spektrums und positioniert sich klimapolitisch relativ progressiv – wofür sie aufgrund ihrer Position als Regierungspartei und (zur Zeit der Erhebung) Mitglied der Europäischen Volkspartei politische und monetäre Anreize hatte.

Die Wähler/innen von Rechtsaußenparteien

Die genannten Tendenzen spiegeln sich auch auf der politischen Nachfrageseite, also bei den Wähler/innen wider – zumindest in der Klimapolitik, wo dies gut erforscht ist. Personen mit rechten politischen Einstellungen oder Präferenzen für rechte Parteien hegen überproportional oft regressive klimapolitische Einstellungen. Für Personen mit Rechtsaußen-einstellungen und Anhänger/innen von Rechtsaußenparteien

gilt dies noch deutlicher (für einen Überblick siehe Lockwood 2018, 4). Die Kausalität dieser Korrelation ist jedoch unklar. Haben diese Personen von vornherein ihre Einstellungen und wählten Rechtsaußenparteien, weil diese ihre klimapolitischen Präferenzen am ehesten repräsentieren? Oder identifizieren sich die Personen von vornherein als Anhänger/innen der Rechtsaußenparteien und übernehmen die klimapolitischen Positionen „ihrer“ Parteien? Oder passen sich die Parteien der Position ihrer Wähler/innen an? Oder besteht gar kein direkter Kausalzusammenhang? Und welche Zusammenhänge bestehen zwischen regressiven klimapolitischen Einstellungen und anderen rechten Ideologemen? Die entsprechende empirische Forschung steht noch an ihren Anfängen (Huber 2020; Jylhä et al. 2019).

Der Einfluss von Rechtsaußenparteien auf Regierungspolitik

Noch schwerer ist zu erheben, wie die Umweltpolitik von Rechtsaußenparteien den *Policy Output* der Regierungen beeinflusst. Für die Klimapolitik haben Četković und Hagemann (2020) diesen Zusammenhang anhand von sechs europäischen Demokratien untersucht. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass eine Regierungsbeteiligung von Rechtsaußenparteien dazu führen kann, dass die nationale Klimapolitik regressiver wird – insbesondere, wenn die Rechtsaußenparteien relevante Ministerien besetzen (Četković/Hagemann 2020, 5 f.). Jedoch finden sie auch Hinweise auf einen paradoxen indirekten Einfluss. Der Aufstieg von Rechtsaußenparteien kann die Mobilisierungschancen anderer Parteien sowie die Koalitionsarithmetik verändern. Das kann zur Konsequenz haben, dass klimapolitisch progressivere Regierungen wahrscheinlicher werden (Četković/Hagemann 2020, 6 f.). Diese Fragen bedürfen weiterer Forschung, bei der auch die Möglichkeit betrachtet werden muss, dass klimapolitisch regressive Rechtsaußenakteur/innen den öffentlichen Diskurs prägen können, was bislang in den USA deutlich stärker geschieht als in Europa (Radtke/Schreurs 2019, 156 f.). Dies wiederum kann regressiven Anpassungsdruck auf andere Parteien erzeugen.

Parteienwettbewerb und Polarisierung

In einer breiteren Perspektive gehen einige Autor/innen davon aus, dass Klimapolitik und Energiewende zu einer neuen Polarisierungsdynamik im Parteienwettbewerb beitragen könnten. Dann würden Rechtsaußenparteien Bevölkerungsteile repräsentieren, die von der zunehmend progressiven Klimapolitik der anderen Parteien entfremdet sind, was dann wiederum weitere klimapolitische Fortschritte blockieren könnte (Radtke/Schreurs 2019; Reitz/Jörke 2021). Diese These hat eine gewisse Plausibilität, jedoch ist eine solche Entwicklung bislang nur in Ansätzen zu beobachten und die Empirie bruchstückhaft (Lockwood, 2018, 8 f.). Darüber hinaus ist zu betonen, dass die Herausbildung einer solchen Polarisierung stark davon abhängt, welche Politiken die anderen Parteien verfolgen.

Es sollten nicht vorschnell allzu große Zeitdiagnosen formuliert werden, wenn die Situation politisch kontingent und empirisch nicht hinreichend erforscht ist.

Anmerkung

Ich danke den Teilnehmer/innen des Seminars *Die umweltpolitischen Positionen von Rechtsaußenparteien* am Otto-Suhr-Institut im Wintersemester 2021/22 für die Diskussionen, von denen ich sehr profitiert habe.

Literatur

- Aden, H. (2012): Umweltpolitik. Wiesbaden, Springer. DOI: 10.1007/978-3-531-93307-8
- Biskamp, F. (2021): Extrem populistisch. Über die Kategorisierung von Rechtsaußenparteien und die Einordnung der AfD. In: Sehmer, J. et al. (Hrsg.): Recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen. Wiesbaden, Springer. 21–37. DOI: 10.1007/978-3-658-32560-2_2
- Cann, H. W./Raymond, L. (2018): Does climate denialism still matter? The prevalence of alternative frames in opposition to climate policy. In: Environmental Politics 27/3: 433–454. DOI: 10.1080/09644016.2018.1439353
- Četković, S./Hagemann, C. (2020): Changing Climate for Populists? Examining the Influence of Radical-Right Political Parties on Low-Carbon Energy Transitions in Western Europe. In: Energy Research & Social Science 66: 101571. DOI: 10.1016/j.erss.2020.101571
- Daggett, C. (2018): Petro-masculinity: Fossil Fuels and Authoritarian Desire. In: Millennium 47/1: 25–44. DOI: 10.1177/0305829818775817
- Forchtner, B./Kølvraa, C. (2015): The Nature of Nationalism. Populist Radical Right Parties on Countryside and Climate. In: Nature and Culture 10/2: 199–224. DOI: 10.3167/nc.2015.100204
- Forchtner, B. et al. (2018): Being Skeptical? Exploring Far-Right Climate-Change Communication in Germany. In: Environmental Communication 12/5: 589–604. DOI: 10.1080/17524032.2018.1470546
- Geden, O. (1996): Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus. Berlin, Elefant-Press.
- Huber, R. A. (2020): The role of populist attitudes in explaining climate change skepticism and support for environmental protection. In: Environmental Politics 29/6: 959–982. DOI: 10.1080/09644016.2019.1708186
- Jylhä, K. M. et al. (2019): Climate change denial among radical right-wing supporters. In: Sustainability 2020/12: 10226. DOI: 10.3390/su122310226
- Küppers, A. (2022): 'Climate-Soviets,' 'Alarmism,' and 'Eco-Dictatorship': The Framing of Climate Change Scepticism by the Populist Radical Right Alternative for Germany. In: German Politics: 1–21. DOI: 10.1080/09644008.2022.2056596
- Lockwood, M. (2018): Right-wing populism and the climate change agenda: Exploring the linkages. In: Environmental Politics 27/4: 712–732. DOI: 10.1080/09644016.2018.1458411
- Mudde, C. (2019): The Far Right Today. Cambridge, Polity.
- Radtke, J./Schreurs, M. A. (2019): Klimaskeptizismus und populistische Bewegungen in Europa und den USA. In: Radtke, J. et al. (Hrsg.): Energiewende in Zeiten des Populismus. Wiesbaden, Springer. 145–179. DOI: 10.1007/978-3-658-26103-0_5
- Reitz, T./Jörke, D. (2021): The Reshaping of Political Representation in Post-Growth Capitalism. A Paradigmatic Analysis of Green and Right-Wing Populist Parties. In: Anthropological Theory 21/3: 287–314. DOI: 10.1177/1463499620977992
- Schaller, S./Carius, A. (2019): Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe. Berlin, adelphi.

AUTOR + KONTAKT

Floris Biskamp ist Politikwissenschaftler und Soziologe und derzeit stellvertretender Projektleiter im Forschungsprojekt *EZRA: Rassismus und Antisemitismus erinnern* an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Zentrum Flucht und Migration, Marktplatz 13, 85072 Eichstätt. E-Mail: floris.biskamp@ku.de